

OK Europa

news aus brüssel

Sept. 2011 / Nr. 142

von EVP-Vizepräsident Othmar Karas



Ein herzliches 'Grüß Gott' aus Brüssel!

Mit Spannung wurde die Rede von Kommissionspräsident Barroso erwartet, in der er darlegen sollte, wie er die institutionelle Krise der EU überwinden will. Die verfassungsmäßige Rolle der Kommission ist es die Interessen der Gemeinschaft zu verteidigen. Barroso macht nun endlich klar, dass er die Zügel in die Hand nehmen will. Ich bin froh, dass Barroso, der institutionell eigentlich der Regierungschef der EU sein sollte, sich zum ersten Mal dazu bekannt hat, selbst Chef der Wirtschaftsregierung sein zu wollen und allen Parallelstrukturen eine Absage erteilt hat. Ich erwarte von Barroso nun ganz konkrete Vorschläge und eine Roadmap zur Wirtschafts- und Sozialunion, um die EU aus der Krise zu führen.

Im Fokus der Rede Barrosos und damit der Plenarwoche in Strasbourg stand aber auch der Vorschlag der Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die vorgeschlagenen Modulationsmöglichkeiten der Steuer je nach Finanzmarktprodukt sind dabei genau richtig. Die so gewonnenen Mittel könnten und müssen zur Finanzierung von europäischen Zukunftsprojekten, insbesondere im Bereich Innovation, Forschung, Bildung und Infrastruktur eingesetzt werden. Leider ist der vom EU-Unterausschuss des Nationalrates angenommene Antrag zum EU-Budget nicht auf der Höhe der Fragen, vor denen Europa in der Welt steht.

Fast auf den Tag genau, vor 10 Jahren, schrieb ich Ihnen meinen ersten Newsletter. Seither erhalten über 50.000 Österreicherinnen und Österreicher meine Europainformationen. Das freut mich und ich möchte Ihnen allen für Ihre Treue und Ihr Interesse an Europa danken. Bleiben Sie uns treu, denn Europa ist OK!

Europa ist OK!

The

Othmar Karas
othmar.karas@europarl.europa.eu

Europaparlament beschließt wirtschaftspolitische Steuerung

Mit dem sogenannten Economic Governance Paket beschloss das Europäische Parlament in Straßburg, die Kommission bei der Wirtschaftskoordination zu stärken. EVP-Vizepräsident MEP Othmar Karas sieht in dem Beschluss einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wirtschaftsregierung der EU.



„Jetzt kann man die Regeln einfacher durchsetzen, wenn die Instrumente ehrlich genutzt werden“, betont Othmar Karas, Vizepräsident der EVP-Fraktion.

Das Paket bringt ganz wesentliche Fortschritte: Das bisher freiwillige „Europäische Semester“ - die Abstimmung der nationalen Haushalte auf EU-Ebene - wird verbindlich. Außerdem kann das Europäische Parlament künftig Regierungsvertreter von Mitgliedsstaaten im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Dialogs einladen. Damit könne man bspw. die Finanzminister von Schuldenländern vorladen um den Volksvertretern Rede und Antwort stehen zu müssen.

Karas zeigt sich darüber hinaus auch über den neuen Sanktionsmechanismus gegen Schuldensünder erfreut. „Bisher konnten die Mitgliedsstaaten eine Reformempfehlung der

Kommission einfach ablehnen. Jetzt kann die Kommission darauf beharren und dann wird das Präventiv- und Kontrollverfahren automatisch eingeleitet. Abgewendet werden kann der Sanktionsvorschlag nur dann, wenn die einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten dies innerhalb der kurzen Frist von 10 Tagen ablehnt“, so Karas. „Ab jetzt kann den Reformverweigerern in der EU effizient auf die Finger geschaut und notfalls geklopft werden. Länder, die sich übermäßig verschulden oder Strukturreformen langfristig verweigern, müssen im Extremfall mit Strafzahlungen rechnen. Dadurch erhält der Stabilitäts- und Wachstumspakt endlich Zähne“, betont Karas.

Dass die SPÖ und die europäischen Sozialdemokraten größtenteils gegen den neuen Mechanismus gestimmt haben, ist für Karas völlig unverständlich. „Wer dagegen stimmt, der stärkt die Regierungen, die weiter blind Schulden machen, und schwächt die Kommission als Wirtschaftsregierung. Es ist unverständlich, dass die SPÖ offenbar will, dass Situationen wie jetzt in Griechenland weiter passieren können. Die SPÖ will verhindern, dass die Eurospielregeln wirklich angewendet werden müssen. Das ist uneuropäisch und wirtschaftlich verantwortungslos. Es gibt keine erfolgreiche Zukunft auf Pump.“

Ich könnte auch sagen, was mir fehlt. Aber deshalb etwas, was einen richtigen Schritt in die richtige Richtung bedeutet, abzulehnen, ist falsch“, so Karas.

Mit diesem Beschluss werden zum ersten Mal seit Ausbruch der Schuldenkrise die eigentlichen Ursachen der Krise bekämpft. „Alle bisherigen sogenannten Euro-Rettungsmaßnahmen sind nur ein Kurieren an den Symptomen gewesen. Die eigentliche Ursache der Krise war es, dass die Spielregeln nicht eingehalten wurden. Jetzt kann man die Regeln einfach durchsetzen, wenn die Instrumente genutzt werden“, betont der Vizepräsident der EVP-Fraktion.

Außenpolitik: Karas für Beobachterstatus Palästinas bei der UNO

EVP-Vizepräsident MEP Othmar Karas sieht den Vorstoß des Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas als legitim und hilfreich und unterstützt den von Präsident Sarkozy eingebrachten Vorschlag, dass Palästina, wie der Vatikan, einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen erhält. In der Zwischenzeit müsse man aber die Friedensverhandlungen wieder aufnehmen, sich über die Grenzen einigen und einen Friedensvertrag abschließen. In diesem Zusammenhang zeigt sich Karas erfreut, dass das Europäische Parlament mit großer fraktionsübergreifender Mehrheit die Position und den Zeitplan des Nahost-Quartetts unterstützt. „Wenn wir aber wollen, dass die EU gehört wird, muss sie mit einer Stimme sprechen. Wir sollten den französischen Vorschlag als Ausgangspunkt für eine gemeinsame EU-Position nehmen. Alle Beteiligten und die internationale Gemeinschaft inklusive der USA und der Arabischen Liga haben die sogenannte Zweistaatenlösung ja bereits explizit anerkannt. Einer Aufnahme Palästinas als Beobachter in die UNO steht deshalb nichts im Wege. Ziel bleibt aber die Vollmitgliedschaft Palästinas bei den Vereinten Nationen“, betont Karas.

Soziale Marktwirtschaft: Der Mensch und seine Arbeit stehen im Mittelpunkt

Anlässlich des 30. Jahrestags der päpstlichen Ezyklika „Laborem exercens“ fand im Europäischen Parlament eine Debatte zum Thema „Die Rolle und der Wert der Arbeit des Menschen im Wirtschaftssystem“ statt. EVP-Vizepräsident MEP Othmar Karas diskutierte gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion sowie mit Vertretern aller europäischen katholischen Bischofskonferenzen. „Die gegenwärtige Krise zeigt, dass es sicher keine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft gibt. Sie ist kein Modell der Vergangenheit, sondern wichtiger denn je. Die aktuellen Probleme haben zwei Gründe: Die Marktwirtschaft ist noch nicht öko-sozial genug und unsere Institutionen haben noch nicht die Instrumente bekommen, um angemessen auf die Globalisierung reagieren zu können. Die öko-soziale Marktwirtschaft ist für uns nicht einfach bloß ein geschicktes System, um einen guten Ausgleich zwischen den verschiedenen Kräften herzustellen, sondern notwendige Folge des Menschenbildes, das wir als Christdemokraten haben: Der Mensch und seine Arbeit stehen im Mittelpunkt“, so Karas.

Schengen: Karas unterstützt Malmström-Vorschlag

Kürzlich diskutierte EVP-Vizepräsident MEP Othmar Karas gemeinsam mit EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström und MEP Manfred Weber über das neue Legislativpaket für Schengen. Ziel des Kommissionsvorschlages ist es klare Regeln aufzustellen, wann Grenzkontrollen eingeführt werden können und wann nicht. Der Vorschlag sieht vor, dass Entscheidungen über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum dabei auf EU-Ebene verlagert werden. Kritiker behaupten, dass die Kommission damit die Macht an sich reißen wolle. Für Karas ist die Kritik jedoch unverständlich, weil der Kommissionsvorschlag den Mitgliedsstaaten den Spielraum zu kurzfristigen Grenzkontrollen im Notfall lässt. Die Europäische Volkspartei hat vor den Vorschlag zu unterstützen.

Klare Regeln für Grenzkontrollen im Schengenraum:
Hubert Pirker, Cecilia Malmström und Othmar Karas



Europa-Regionen: Burgenland verstärkt seine Präsenz in Brüssel

Das Burgenland will sich künftig mit einer verstärkten Präsenz in Brüssel um neue EU-Förderungen bemühen. Bei der offiziellen Eröffnung des Burgenland-Verbindungsbüros im „Wien-Haus“ in Brüssel wies Landeshauptmann Hans Niessl auf die Bedeutung der von EU-Regionalkommissar Johannes Hahn vorgeschlagenen Übergangsregionen hin, durch welche das Burgenland mehr EU-Förderungen erhalten würde. Mithilfe der bisherigen EU-Regionalhilfen konnte das Burgenland allein in den letzten 10 Jahren über 11.000 neue Arbeitsplätze generieren. Gefördert wurden insbesondere Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien, Bildung und Tourismus.

EUROFI: Finanzforum in Breslau

Während die EU-Finanzminister in Breslau über mehr Geld beim ESFS zur Lösung der Euro-Schuldenkrise diskutierten, fand gleichzeitig, das gemeinsam mit der polnischen Ratspräsidentschaft organisierte EUROFI Finanzforum, statt. EVP-Vizepräsident MEP Othmar Karas referierte unter anderem über die Auswirkungen der Finanzmarktregulierung. Im Fokus stand dabei Basel III. Karas, als Berichterstatter des Europäischen Parlaments zu CRD IV, betonte abermals, dass die Wirtschaft durch schwache Kapitalmärkte von der Finanzierung durch Banken abhängig ist – und das zu einem viel höheren Teil als in den USA. Aus diesem Grund dürfe man die essentielle Aufgabe nicht aus den Augen verlieren. „Auf meine Initiative hin, hat das Europaparlament zwei Auswirkungsstudien in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse zeigen klar auf, dass die Regulierung auf die Realwirtschaft auf lange Sicht gesehen vernachlässigbar ist und der Effekt einer höheren Finanzmarktstabilität bei weitem überwiegt“, so Karas.

Ethik & Politik: Internationale Kirchenkonferenz in Krakau



Kürzlich reiste EVP-Vizepräsident MEP Othmar Karas, der in der EVP-Fraktion unter anderem auch für den interreligiösen Dialog verantwortlich ist, zur 15. Internationalen Europa-Kirchen-Konferenz nach Krakau, Polen. Gemeinsam mit europäischen Politikern wie dem deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff oder EU-Gesundheitskommissar John Dalli diskutierte Karas über die Rolle der katholischen Kirche in der europäischen Integration. Ethik in der Politik war dabei der Schwerpunkt der diesjährigen Konferenz. „Ethik und Politik sollten die beiden Seiten derselben Medaille sein. Ohne ethische und moralische Grundsätze wird es schwer, verantwortungsvoll im Sinne des Bürgers zu handeln - gerade das ist aktuell mehr als notwendig“, so Karas.

„Ohne ethische und moralische Grundsätze wird es schwer, verantwortungsvoll im Sinne des Bürgers zu handeln - gerade das ist aktuell mehr als notwendig“, betont Othmar Karas.

Wollen Sie mehr wissen? Kontaktieren Sie mich:

Mag. Othmar Karas MEP, Tel.: +32-2-284-5627, Fax: DW 9627, othmar.karas@europarl.europa.eu, buergerforum@europa2020.at, www.othmar-karas.at